



**LANDESDELEGIERTENKONFERENZ 2013
DER ARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)
BADEN-WÜRTTEMBERG**

BERICHTE UND ANTRÄGE

**EUROPA -
NUR MIT FRAUEN STARK!**

**26. OKTOBER 2013
FREIBURG
AULA DER WEIHERHOFSCHULE**



INHALT:

Rechenschaftsbericht	Seite 3
Aus der Arbeit im ASF-Bundesvorstand	Seite 8
Aus der Arbeit im ASF-Bundesausschuss	Seite 10
ASF-Landesvorstand	Seite 12
ASF-Ansprechpartnerinnen	Seite 13
Gleichstellungsbericht	Seite 16
Berichte aus den Kreisen	Seite 18
Anträge	Seite 33

Impressum:

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20

Layout: Gudrun Igel-Mann
Druck: Eigendruck

RECHENSCHAFTSBERICHT 2011 - 2013:

Der ASF-Landesvorstand tagt in der Regel monatlich. Regelmäßig laden wir auch zu Landesausschusssitzungen ein, die meist in den Kreisverbänden stattfinden. Im Berichtszeitraum waren wir zu Gast in Mannheim, Pforzheim, Baden-Baden, Offenburg und Ulm. Dabei informierten wir uns z.B. über ein Gründerinnenzentrum, die Pforzheimer Schmuckindustrie, Frauen beim SWR, ein Heim für obdachlose Frauen und über einen Mädchen- und Frauenladen. Außerdem haben wir uns zu zwei Klausurtagungen getroffen: Im März 2012 in Schwäbisch Hall und im Februar 2013 in Bühl. Bei aktuellen Anlässen finden immer wieder Telefonkonferenzen statt. Über den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung referierte Hilde Mattheis in einer Sitzung des ASF-Landesvorstands.



Teilnehmerinnen einer Landesvorstandssitzung



Führungswechsel: Claudia Sünder und Anette Sorg (rechts)

Seit der Landesdelegiertenkonferenz im Oktober 2011 ist Anette Sorg ASF-Landesvorsitzende. Claudia Sünder, die dieses Amt zwei Jahre lang inne hatte, hatte nicht mehr für den Vorsitz kandidiert. Sonja Elser und Andrea Schiele wurden zu Stellvertreterinnen gewählt.

Mit der Landesarbeitsgemeinschaft von Bündnis90/Die Grünen haben wir ein Gespräch geführt. Gelegentlich treffen wir uns mit den ASF-Landesvorständen von Bayern und Hessen zu einem Gedankenaustausch, zuletzt im Februar 2012 in Aschaffenburg. Die ASF ist Mitglied im Landesfrauenrat und nimmt mit zwei Delegierten an den Delegiertenversammlungen teil. Für die Pressearbeit des Landesfrauenrats zeichnet Claudia Sünder verantwortlich.

An der ASF-Bundeskonferenz im Mai 2012 in Berlin nahmen wir mit einer 19-köpfigen Delegation und vielen Anträgen teil. In Berlin wurden Evelyne Gebhardt MdEP als stellvertretende Bundesvorsitzende und Dr. Claudia Schöning-Kalender als Beisitzerin in ihren Ämtern bestätigt.



Bundeskonferenz 2012 in Berlin

Die ASF arbeitet weiter eng mit anderen Arbeitsgemeinschaften zusammen. Zum einen finden regelmäßig Treffen der AG-Vorsitzenden statt, zum anderen gab es gemeinsame Veranstaltungen. Im August 2012 fand in Stuttgart die Veranstaltung „Allein unter Männern – Im Dialog mit erfolgreichen SPD-Politikerinnen“ statt, zu der wir gemeinsam mit den Jusos eingeladen hatten. Zum Thema „Bürgerversicherung“ fand eine gemeinsame Expertenanhörung der Arbeitsgemeinschaften statt. Auch auf Landesparteitagen sind wir mit gemeinsamen Anträgen vertreten.

An Landesvorstandssitzungen nimmt - neben den gewählten Frauen aus dem ASF-Landesvorstand - regelmäßig ein Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes teil. Bei jährlich wiederkehrenden Gedenktagen (z.B. Equal-Pay-Day, Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen) ist die ASF stets präsent.



Fahnenaktion 2012



Im Vorfeld der Bundestagswahl fand im Februar 2012 ein Gespräch mit den Bundestagskandidatinnen statt. In einer Sonderheft des ASF aktuell haben wir allen Kandidatinnen Gelegenheit gegeben, sich vorzustellen. Zur Unterstützung haben wir den Kandidatinnen in den vier Regierungsbezirken Erzählcafés „Rote Frauen für Berlin – lernen Sie uns kennen“ angeboten und in Südwürttemberg und Nordbaden erfolgreich durchgeführt.

gebieten und in Südwürttemberg und Nordbaden erfolgreich durchgeführt.

Zur Vorbereitung der Kommunalwahlen hat die FES zwei Seminare angeboten (in Oberdingen und Biberach), die wir intensiv beworben haben. Auf Initiative und Vorarbeit der ASF wurde ein Nachwuchsförderprogramm für Frauen, junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund ins Leben gerufen. Sonja Elser stellte am 16.7. gemeinsam mit Katja Mast der Landtagsfraktion das Konzept vor.

Eine besondere Ehrung durfte die stellvertretende ASF-Landesvorsitzende Andrea Schiele vornehmen. Im September 2013 hielt sie die Laudatio bei der Verleihung des Prix Wasserfrau, mit dem die Sozialistische Bodensee-Internationale (SBI) alljährlich Frauenprojekte auszeichnet. Den Prix Wasserfrau erhielt in diesem Jahr der Frauentreff Lila Distel aus Singen.

Unser vorrangiges Ziel ist es, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen. Diesem Ziel sind wir mit der Änderung des Kommunalwahlrechts einen Schritt näher gekommen. Der Landtag hat im Frühjahr 2013 die Änderung des Kommunalwahlrechts beschlossen. Dass dort nun eine paritätische Besetzung der Kommunalwahllisten als Soll-Vorschrift thematisiert ist, werten wir als ersten Schritt in Richtung einer verbindlichen Regelung zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten in Baden-Württemberg. Weitere müssen folgen. Dazu gehört auch eine Reform des Landtagswahlrechts, die wir vorantreiben wollen.



Klausur 2013 in Bühl



Landesausschuss in Pforzheim

Öffentlichkeitsarbeit betreiben wir zum einen mit unserer Homepage <http://asf-bw.de>. Dort finden sich Termine, Pressemitteilungen und Veranstaltungsberichte, aber auch Positionspapiere stehen zum Download bereit. Die Ausgaben unserer Zeitschrift „ASF aktuell“ erscheinen jetzt mit einem Schwerpunktthema. Mit dem Heft „Frauen und Wirtschaft“ haben wir die Jahres-Kampagne der Landes-SPD begleitet. Alle Ausgaben des ASF aktuell sind auch auf der Homepage nachzulesen. Zum 40jährigen Jubiläum der baden-württembergischen ASF ist eine Broschüre erschienen.

Wir unterstützen die Arbeit der Kreisverbände, sei es durch Vermittlung von Referentinnen und Referenten, durch Unterstützung bei ASF-Neugründungen oder durch die Kommunikation der Kreisverbände miteinander. Außerdem haben die Kreisverbände die Möglichkeit, Beiträge im „ASF aktuell“ zu veröffentlichen..

Im nächsten Jahr wird das Europäische Parlament neu gewählt. Deshalb haben wir die diesjährige Landesdelegiertenkonferenz unter das Motto „EUROPA - nur mit Frauen stark“ gestellt. Wir freuen uns auf spannende Diskussionen zu diesem Thema.

Anette Sorg
Landesvorsitzende der ASF

ANHANG:

Tätigkeitsbericht 2009 – 2011 über Sitzungen/Veranstaltungen des Landesvorstandes:

22.10.2011	Landesdelegiertenkonferenz, Lorch
26.11.2011	Landesausschuss und Gespräch mit Ilse Thomas, Frauenbeauftragte der Stadt Mannheim, Mannheim
09.12.2011	Landesvorstand, Stuttgart
20.01.2012	Landesvorstand und Gespräch mit Landesarbeitsgemeinschaft Frauenpolitik von Bündnis90/Die Grünen, Stuttgart
26.02.2012	ASF-Südwesttreffen, Aschaffenburg
10.03.2012	Landesausschuss, Pforzheim
16.-18.03.2012	Klausurtagung, Schwäbisch Hall
20.04.2012	Landesvorstand, Stuttgart
04.05.2012	Landesvorstand, Stuttgart
19.-21.05.2012	Bundeskongress, Berlin
16.06.2012	Landesausschuss, Stuttgart
20.07.2012	Landesvorstand, Stuttgart
25.08.2012	„Allein unter Männern – Im Dialog mit erfolgreichen SPD-Politikerinnen“, Veranstaltung von ASF und Jusos, Stuttgart
14.09.2012	Landesvorstand, Stuttgart
21./22.09.2012	FES-Seminar „Politik braucht Frauen – Wie erobern wir die Kommunalparlamente?“, Oberderdingen
13.10.2012	Landesausschuss, Baden-Baden
16.11.2012	Landesvorstand, Stuttgart
14.12.2012	Landesvorstand, Stuttgart
01.02.2013	Landesvorstand und Gespräch mit den Bundestagskandidatinnen, Stuttgart
15./16.02.2013	Klausurtagung, Bühl
15.03.2013	Landesvorstand, Stuttgart
13.04.2013	Landesausschuss, Offenburg
03.05.2013	Landesvorstand und Gespräch mit Hilde Mattheis MdB, Stuttgart
14.06.2013	Landesvorstand, Stuttgart
21./22.06.2013	FES-Seminar „Mehr Frauen in die Kommunalparlamente – Wie kann dies gelingen? Wie kann ich dazu beitragen?“, Biberach

29.06.2013 gemeinsames Expertengespräch der Arbeitsgemeinschaften zum
Thema „Bürgerversicherung“, Stuttgart

13.07.2013 Landesausschuss, Ulm

30.08.2013 Landesausschuss, Stuttgart

13.08.2013 „Rote Frauen, gute Gespräche“, Albstadt

30.08.2013 „Rote Frauen, gute Gespräche“, Pforzheim

25.10.2013 Landesvorstand, Freiburg

26.10.2013 Landesdelegiertenkonferenz, Freiburg

AUS DER ARBEIT IM ASF-BUNDESVORSTAND:

Die letzten zwei Jahre im ASF-Bundesvorstand waren sehr stark geprägt von der Diskussion um die Parteireform und die Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften. Der ASF-Bundesvorstand hat diesen Prozess kritisch mitgestaltet, hat sich wo irgend möglich mit den VertreterInnen der anderen Arbeitsgemeinschaften verständigt und zusammengetan und eigene Vorschläge formuliert. In seiner Stellungnahme zur Parteireform (3. Juli 2011) positioniert sich der ASF-Bundesvorstand sehr deutlich für die Stärkung der Arbeitsgemeinschaften und für mehr Geschlechtergerechtigkeit in und mit der SPD („Die SPD erneuert sich – Die SPD weiblicher machen“).



ASF-Bundesvorstand (Foto: Marco Urban)

In Bezug auf die Position der Arbeitsgemeinschaften war dies ein teils heftiger Streit, der sich nicht zuletzt niederschlug in der umstrittenen Rede des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel bei der ASF-Bundeskonzferenz im Mai 2012 und in den streitbaren Reaktionen der Delegierten darauf.

Das neue Organisationsstatut der SPD wurde auf dem Bundesparteitag im Dezember 2011 beschlossen. Die neuen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften wurden am 26.03.2012 beschlossen gemäß § 10 Organisationsstatut.

Die Auswirkungen für die ASF sind insbesondere in der Umstrukturierung der Zuständigkeiten und damit in der Veränderung der Zuarbeit im WBH zu spüren. Es gibt z.B. keine Protokolle mehr, es sei denn die Mitglieder des Vorstands schreiben sie selbst. Das wirkt sich spürbar auf die Kontinuität der Arbeit und den Zusammenhalt des Gremiums aus.

Im Februar 2012 fand das lange vorbereitete Fachgespräch mit Expertinnen zur weiblichen Genitalverstümmelung statt. Das Ergebnis und die Forderungen daraus wurden als Antrag der Bundeskonferenz 2012 an die SPD-Bundestagsfraktion eingebracht. Im Mittelpunkt stand die Forderung nach einem eigenen Straftatbestand § 226a StGB und dass weibliche Genitalverstümmelung in den medizinischen Diagnoseschlüssel und das Abrechnungssystem der Krankenkassen aufgenommen wird. Beide Forderungen wurden in den vorliegenden Gesetzesentwurf der Fraktion nicht aufgenommen.

Bei der Bundeskonferenz der ASF vom 19. – 21.05.2012 in Berlin wurden Evelyne Gebhardt MdEP und Dr. Claudia Schöning-Kalender, ASF-Kreisvorsitzende Mannheim und Mitglied des ASF-Landesvorstands Baden Württemberg, erneut in den ASF-Bundesvorstand gewählt. Evelyne erhielt dabei als stellvertretende Vorsitzende das beste Stimmenergebnis aller neu bzw. wieder gewählten Vorstandsmitglieder.

Das zentrale Thema der Bundeskonferenz „Zeit für Frauen“ und insbesondere die Inhalte des Antrags des Bundesvorstands „Arbeit und Leben – Zeit für Partnerschaftlichkeit“ haben deutlichen Niederschlag im Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 gefunden. Auch in den Aussagen des Kanzlerkandidaten finden sich Grundaussagen dieses Antrags wieder. Das ist eindeutig als Ergebnis unseres Gespräches mit dem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück im November 2012 zu buchen, als er zu Gast war, um sich mit seinem Programm vorzustellen und die Wünsche und Forderungen der ASF für den Bundestagswahlkampf mitzunehmen.

Die immer wieder von der ASF BaWü eingebrachte Forderung nach Angleichung der Rentenpunkte für Mütter von Kindern, die vor oder nach 1992 geboren wurden (Beschlusslage!), wurde vom Bundesvorstand bzw. von der Vorsitzenden nicht konsequent transportiert. Dies wurde in der letzten Bundesvorstands- und Bundesausschusssitzung scharf kritisiert.

Ein weiteres zentrales Thema der vergangenen zwei Jahre war die Quote, sowohl die Quote in den Vorständen großer Unternehmen als auch die Quotierung von Listen der SPD im Sinne des Reißverschlussverfahrens. Der Reißverschluss ist in der Wahlordnung ausdrücklich für Landeslisten zum Bundestag und für Bundeslisten zur Europawahl festgelegt, er gilt, wo nicht anders beschlossen (pauschale 40%-Quote), auch für alle anderen Wahlen. Weitere Themen, die uns beschäftigt haben, waren das globale Abkommen über Waffenhandel, Beschneidung von Frauen als Straftatbestand und ganz aktuell die Gleichstellung als zentrale Querschnittsaufgabe im Europawahlprogramm der SPD.

Evelyne Gebhardt MdEP und Claudia Schöning-Kalender

AUS DER ARBEIT IM ASF-BUNDESAUSSCHUSS:

Auszug aus der Satzung:

- *Der Bundesausschuss ist über grundlegende politische und organisatorische Entscheidungen des Bundesvorstandes zu hören. Er wird mindestens einmal im Jahr durch den Bundesvorstand mit einer Frist von einem Monat einberufen. Die Einberufung hat zu erfolgen, wenn wenigstens 5 Bezirke dies beantragen. Die Sitzungen des Bundesausschusses werden von der/dem Bundesvorsitzende/n geleitet.*
- *Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus bis zu 30 Personen sowie den Mitgliedern des Bundesvorstandes. Die Mandate werden entsprechend der Zahl der Parteimitglieder auf die Bezirke /Landesverbände verteilt. Jeder Bezirk erhält ein Grundmandat. Die Delegierten werden in den Bezirken für zwei Jahre gewählt. Die Bundeskonferenz kann über weitere beratende Mitglieder beschließen.*

Gewählte Bundesausschussmitglieder aus Baden-Württemberg:

Anette Sorg, Sonja Elser
(Ersatz:Andrea Schiele, Karin Schuster)

Sitzungen seit Oktober 2011:

- am 05.11.2013 (BPT 11/2011; ASF-Bundeskonferenz 2012)
- am 24.03.2012 (Richtlinienänderung für die Arbeitsgemeinschaften, Bundeskonferenz im Juni)
- am 20.04.2013 (Vorstellung spd-fem.net mit Nancy Haupt, Regierungsprogramm und Bundestagswahlkampf, Ausblick: ASF-Bundeskonferenz 2014)

Ein Tagesordnungspunkt bei jeder Sitzung ist immer „Berichte aus den Landesverbänden“. Diese waren immer spannend und informativ. Themen wie:

- Strukturprobleme mit der Mutterpartei,
- Nachwuchsförderprogramme,
- inhaltliche Schwerpunktsetzungen und
- wie die Politik weiblicher werden kann,

empfanden wir als wertvollen Austausch.

Ein Highlight war sicherlich die Sitzung nach dem Bundesparteitag im April diesen Jahres:

Nancy Haupt stellte die Internetplattform [fem.net](#) vor und warb dafür. Die Möglichkeit über den eigenen Tellerrand zu blicken und eine breite Vernetzung/ Informationspalette zu haben, ist wirklich ein gutes Angebot für politisch interessierte Frauen.



Anette Sorg

Wir äußerten Kritik an der Haltung der Bundes-ASF zum Änderungsantrag der ASF Ba-Wü beim BPT(„drei Jahre Kindererziehungszeit in der Rentenversicherung auch für Geburten vor 1992“). Trotz Beschlusslage der ASF-Bundeskonzferenz (2008/Kassel) hatten wir beim Bundesparteitag weder vom Landesverband Ba-Wü noch von anderen Gruppierungen Unterstützung erhalten . Alle wiesen auf die ablehnende Haltung der Bundes-ASF hin. Elke Ferner betonte in der Aussprache, dass sie immer und überall differenziert habe zwischen der Beschlusslage der ASF und ihrer persönlichen (ablehnenden!) Haltung. In der anschließenden, auf sehr hohem Niveau geführten Diskussion räumten Vertreterinnen der anderen Landesverbände ein, wie wichtig diese Beschlusslage sei und dass wohl von ASF-Seite versäumt worden sei, Werbung für unseren Antrag zu machen und auch versäumt worden sei, noch klarer zu kommunizieren, dass es eine Diskrepanz zwischen der Position von Elke Ferner und der ASF gebe. Sehr hilfreich war in diesem Zusammenhang auch die Stellungnahme des beratenden Mitglieds Dr. Judith Kerschbaumer (Leiterin Ressort Sozialpolitik bei ver.di). Sie meinte, dass die Frage der Finanzierbarkeit der Altersrente mit 63 Jahren nach erreichten 45 Versicherungsjahren niemanden interessiert habe (welche auch im zweistelligen Milliardenbereich liege). Dass aber die Kosten für die gleichberechtigte Anrechnung von Kindererziehungszeiten (geschätzte 13 Mrd) als Totschlagargument vor sich her getragen werde. Im ersten Fall profitierten überwiegend Männer, im anderen Falle Mütter. Ein Schelm, der sich Böses dabei denkt. Zitat Sonja Elser: „ diese Diskussion war ein emotionales Highlight mit dem Ergebnis: Nein, mit Ba-Wü geht Frau so nicht um! Inhaltlich gute, argumentativ stichhaltige Diskussion mit der Ansage, dass nächstes Mal ASF-Beschlüsse und davon abweichende persönliche Haltungen der Vorsitzenden besser kommuniziert und koordiniert werden!“



Sonja Elser

Unser schönster Erfolg: Die Bundeskonferenz 2014 wird in Baden-Württemberg stattfinden (evtl. in Karlsruhe). Unser hartnäckiges Werben wird belohnt.

Anette Sorg und Sonja Elser

ASF-Landesvorstand:

gewählt auf der ASF-Landesdelegiertenkonferenz am 22.10.2011 in Lorch

Vorsitzende:

Anette Sorg

Durlacher Allee 11a, 76045 Walzbachtal
anettesorg@kabelbw.de

Stellvertreterinnen:

Sonja Elser

Hauptstr. 27, 73547 Lorch
sonja@elser.de

Andrea Schiele

Veitsbrunnenweg 1, 89073 Ulm
andrea-schiele@gmx.de

Pressereferentin:

Karin Schuster

Sonnenstr. 33, 71229 Leonberg
karin-e.schuster@gmx.de

Beisitzerinnen:

Stella Kirgiane-Efremidis

Breslauer Str. 38, 69469 Weinheim
stellakirgiane@aol.com

Renate Merten

Kirchstr. 32, 77743 Neuried
renate.merten@gmx.net

Angelika Peter

Anne-Frank-Str. 48, 75015 Bretten
angelika.peter@web.de

Kerstin Rappsilber

Haller Str. 29, 74638 Waldenburg
dfeeoehr51@aol.de

Hanna Rosahl-Theunissen

Hauriweg 31, 79110 Freiburg
r-th@gmx.de

Annette Sawade

Herdgasse 2, 74523 Schwäbisch Hall
annette.sawade@wk.bundestag.de

Dr. Claudia Schöning-Kalender

Gundelsheimer Str. 21, 68259 Mannheim
info@schoening-kalender.de

Jutta Strobel

Blumenstr. 9, 72108 Rottenburg
jutta.strobel@kabelbw.de

Claudia Sünder

Im Fichtenbuck 80, 73479 Ellwangen
claudiasuender@aol.com *zurückgetreten*

Susanne Tröndle

Moltkestr. 17, 79183 Waldkirch
susanne.troendle@web.de

AsF-KREISVORSITZENDE / KONTAKTFRAUEN BADEN-WÜRTTEMBERG:

Kreisverband	Name, Anschrift
Alb-Donau	Heidi Ankner 89134 Blaustein
Biberach	Dagmar Neubert-Wirtz 88433 Schemmerhofen
Bodenseekreis	N.N.
Böblingen	N.N.
Breisgau-Hoch- schwarzwald	N.N.
Calw	N.N.
Emmendingen	Barbara Schweizer 79312 Emmendingen
Enzkreis	Ursula Bodemer 75196 Remchingen
Esslingen	Hanna Scherible-Pahlke 73728 Esslingen Beate Thalmann 73732 Esslingen
Freiburg	Gaby Köhler 79108 Freiburg
Freudenstadt	N.N.
Göppingen	Dr. Heide Kottmann 73054 Eisligen
Heidelberg	Irmel Frey 69126 Heidelberg Isabella Klaiber-El Asmar 69126 Heidelberg Kristina Silvera Scheuermann 69117 Heidelberg
Heidenheim	N.N.
Heilbronn-Stadt	Ulrike Allinger 74074 Heilbronn

Heilbronn-Land	Annemarie Bossner 73630 Remshalden
Hohenlohe	Kerstin Rappsilber 74638 Waldenburg
Karlsruhe-Stadt	Yvette Melchien 762185 Karlsruhe
Karlsruhe-Land	Anette Sorg 75045 Walzbachtal Angelika Peter 75015 Bretten
Konstanz	Ursula Hanser 78224 Singen
Lörrach	N.N.
Ludwigsburg	Ursula Glock 71729 Erdmannhausen
Main-Tauber	Brigitte Kaupat 97980 Bad Mergentheim Renate Gaul 97922 Lauda-Königshofen
Mannheim	Dr. Claudia Schöning-Kalender 68259 Mannheim
Neckar-Odenwald	Gabriele Teichmann 74865 Neckarzimmern
Ortenau	Renate Merten 77743 Neuried
Ostalb	Sonja Elser 73547 Lorch Angelika Möricke 73447 Oberkochen
Pforzheim	Jacqueline Roos 75179 Pforzheim
Rastatt/Baden-Baden	Ute Schwarzer 76530 Baden-Baden
Ravensburg	N.N.

Rems-Murr	Nancy Greco 73630 Remshalden
Reutlingen	Edeltraut Stiedl 72760 Reutlingen
Rhein-Neckar	Ursula Wertheim-Schäfer 68723 Plankstadt
Rottweil	Elke Ringl-Klank 78713 Schramberg Hildegard Klaussner 78713 Schramberg
Schwäbisch Hall	Annette Sawade 74523 Schwäbisch Hall
Schwarzwald-Baar	N.N.
Sigmaringen	N.N.
Stuttgart	Rebekka Henschel 70188 Stuttgart Judith Vowinkel 70439 Stuttgart
Tübingen	Jutta Strobel 72108 Rottenburg
Tuttlingen	N.N.
Ulm	Andrea Schiele 89073 Ulm
Waldshut	Claudia Hecht 79761 Waldshut-Tiengen
Zollern-Alb	N.N.

GLEICHSTELLUNGSBERICHT:

1) Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft

Im September 2013 waren unter den 36.532 Mitgliedern im SPD-Landesverband Baden-Württemberg 11.637 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 31,9 %. (Zum Vergleich: August 2011: 38.455 Mitglieder, davon 12.307 Frauen.)

2) Frauen in ehrenamtlicher Positionen

Landesvorstand

Der SPD-Landesverband Baden-Württemberg hat seit November 2009 einen männlichen Vorsitzenden. Von den vier stellvertretenden Vorsitzenden sind drei weiblich. Neben der Generalsekretärin gehören 8 weitere Frauen als Beisitzerinnen dem Landesvorstand an.

Kontrollkommission

Von den Mitgliedern der Kontrollkommission sind derzeit 2 weiblich.

Schiedskommission

Der 7-köpfigen Schiedskommission gehören 3 Frauen an.

Antragskommission

Unter den 30 Mitgliedern der Antragskommission sind 16 Frauen.

Parteivorstand

Im Parteivorstand (insgesamt 45) sind 3 Mitglieder aus Baden-Württemberg, davon 2 Frauen.

Kreisvorstände/Kreisvorsitzende

Von den 43 Kreisverbänden werden 6 von Frauen geführt (14,0 %).

Ortsvereinsvorstände/Ortsvereinvorsitzende

189 der insgesamt 829 Ortsvereine des baden-württembergischen Landesverbandes werden von Frauen geführt. Der Anteil der weiblichen Ortsvereinvorsitzenden beträgt 22,8 %. 2011 waren es bei 849 Ortsvereinen 184 weibliche Ortsvereinvorsitzende (21,7 %).

3) Frauen in hauptamtlichen Positionen

Unter den insgesamt 60 Beschäftigten beim SPD-Landesverband sind 40 Frauen (66,6 %). (2011: 32 von 50, das entspricht 64,0 %.)

In der Landesgeschäftsstelle arbeiten 5 Referenten, davon 3 Frauen.

Der Landesgeschäftsführung gehört eine Frau an.

4) Frauen in öffentlichen Mandaten

MdEP

Baden-Württemberg ist mit einer weiblichen und einem männlichen Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten.

MdB

Bei der Bundestagswahl 2013 wurden 10 Frauen aus Baden-Württemberg in den Bundestag gewählt. Damit hat die baden-württembergische Landesgruppe (20 Mitglieder) einen Frauenanteil von 50 %. Nach der Bundestagswahl 2009 betrug der Frauenanteil bei 15 Landesgruppenmitgliedern 53,3 %.

MdL

Die SPD-Landtagsfraktion besteht seit März 2011 aus 35 Mitgliedern. Davon sind 6 Frauen (17,1 %). Im Fraktionsvorstand sind zwei Frauen. Nach der Landtagswahl 2006 waren von den 38 SPD-Abgeordneten 11 Frauen (28,9 %).

Kreistage:

Von den 380 sozialdemokratischen Mitgliedern in den Kreistagen sind 85 Frauen (22,4 %). 2011 waren von 373 Kreisräten 81 weiblich (21,7 %). Es gibt 3 weibliche Fraktionsvorsitzende in Baden-Württemberg.

Gemeinderäte:

Von den 2.135 Gemeinde- und Stadträten der SPD in Baden-Württemberg sind 641 weiblich (30,0 %). Unter ihnen sind 119 Fraktionsvorsitzende.

Arbeitsgemeinschaften:

Beteiligung von Frauen in den Landesvorständen der Arbeitsgemeinschaften

	Mitglieder	Frauen	Prozent
60 plus	15	5	33
AfA	15	6	40
ASG	14	4	29
AGS	15	3	20
ASJ	13	2	15
Jusos	9	4	44
SGK	23	10	43

BERICHTE AUS DEN KREISEN

KREISVERBAND EMMENDINGEN:

Auch in den Jahren 2012 und 2013 haben wir zusammen mit unserer Landtagsabgeordneten Sabine Wölfle die Veranstaltungen zur Verleihung des SPD-Frauenpreises im Landkreis Emmendingen durchgeführt. Dieser Preis ist mit 300 Euro dotiert. Vor vor sieben Jahren hatte Marianne Wonnay die Idee zu diesem Preis. Es waren wieder zwei sehr gute Veranstaltungen mit großer Resonanz, auch außerhalb der Partei. Die Veranstaltungen fanden immer zum Internationalen Frauentag statt. Preisträgerin 2012 war Elfriede Behnke aus Denzlingen und 2013 Almut Langbein aus Emmendingen. Beide Frauen sind Mitglied in der SPD. Beide engagieren sich aber darüber hinaus in vielfältiger Weise in ihrer Gemeinde und für dieses ehrenamtliche Engagement hat sie die Jury auch ausgewählt.



Preisverleihung 2013: Sabine Wölfle MdL (rechts) und Barbara Schweizer (links) nach der Preisverleihung mit der Preisträgerin Almut Langbein (mitte) und vier weiteren vorgeschlagenen Frauen.



Informiert haben wir uns u.a. über die Arbeit der Stiftung Brücke in Teningen. Sie fördert kleine Projekte in Armutregionen, hauptsächlich in Afrika aber auch in Südamerika und in Asien.

Außerdem besuchten wir das Frauen- und Kinderschutzhaus in Freiburg und einige von uns nahmen an der Jubiläumsveranstaltung von Frauenhorizonte - Gegen sexuelle Gewalt e.V. im

Theater Freiburg teil. Beide Einrichtungen können auch Frauen aus dem Landkreis Emmendingen in Anspruch nehmen.

Die Vorstandsfrauen trafen sich regelmäßig zu Sitzungen. Alle Vorstandsfrauen sind auch in ihrer Kommune politisch aktiv, sei es als Gemeinde- und Kreisrätin, Ortsvereinsvorsitzende oder Mitglied in ihrem Ortsvereinsvorstand. Auch nahm ich an den Vorstandssitzungen des SPD-Kreisverbandes teil. Unsere Veranstaltungen fanden Beachtung in der Lokalpresse. Daneben haben wir in Pressemitteilungen Stellung zu aktuellen Themen bezogen.

Am 30. September wurde Susanne Tröndle als neue Kreisvorsitzende gewählt. Ich freue mich, dass mit ihr eine junge Frau den Vorsitz übernommen hat.

Barbara Schweizer
bisherige Kreisvorsitzende ASF Emmendingen



Unser neuer Vorstand. V.l.n.r.: Siddiga Fiebig, Ingeborg Höhn-Weiler, Wilma Mall, Susanne Tröndle, Marianne Wonnay, Barbara Schweizer, Sabine Wölfle MdL. Es fehlen Sigrid Hirth-Walther und Carola Euhus.

KREISVERBAND FREIBURG:

Schon seit Jahren haben wir für unsere Veranstaltungen eine ganz einfache Grundlage: Wir treffen uns an jedem 8. eines Monats. Entstanden war diese Regel seinerzeit aus der zufälligen Abfolge unserer drei ersten Treffen in neuer Besetzung: am 8. Februar zur Besprechung des Internationalen Frauentages am 8. März und schließlich am 8. April zur Jahreshauptversammlung. Ein wenig haben wir unsere Treffen dann auch immer danach ausgerichtet, auf welchen Wochentag sie fielen. So gehen wir an Samstagen gerne mal in eine Ausstellung oder Wandern, an Sonntagen zum Brunch. Für viele Frauen ist es auch eine Erleichterung, sich nur das Datum merken zu müssen und mit einem kurzen Blick in die Tageszeitung orientiert zu werden, was die ASF Freiburg plant. Bislang war es uns auch gelungen diese Regelmäßigkeit einzuhalten; einzig in diesem Jahr fielen die Termine im August und September wegen des Wahlkampfes und der Urlaubszeit aus.

Ein zentraler Termin unserer Jahresplanung ist nach wie vor der 8. März. Es ist eine schöne Tradition geworden, dass sich an diesem Internationalen Frauentag alle frauenthematischen und frauenpolitischen Gruppen auf dem Rathausplatz darstellen. Mit Infotischen und Plakatwänden machen wir uns gegenseitig bekannt und die eine oder andere Passantin wird angeregt, bei einer Gruppierung mitzutun. Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt hat in den vergangenen Jahren um diesen 8. März herum eine Aktionswoche für Frauenpolitik organisiert. Jede Gruppe kann sich mit Veranstaltungen einbringen und entstanden ist eine hervorragende Plattform für den Austausch und die Vernetzung der Frauen in unserer Stadt.

Dieses Jahr waren nicht nur die Bundestagswahlen ein Thema, auch die Neubesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten treibt uns um. Hier wieder eine tolle Frau zu finden, die die guten Traditionen fortsetzt und neue Impulse bringt, ist nicht einfach.

Wir informieren über unsere Arbeit per Homepage und facebook (www.asf-spd-freiburg.de – <https://www.facebook.com/pages/Arbeitsgemeinschaft-sozialdemokratischer-Frauen-ASF-Freiburg/122347164444559> ; leider nicht immer so aktuell, wie es wünschenswert wäre) und sind regelmäßig mit eigenen Veranstaltungen in die Aktionswoche um den 8. März eingebunden (http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/466807/Flyer_8.maerz_final.pdf).

Die Vernetzung innerhalb der Stadt und mit der Region ist uns sehr wichtig; dass wir über Hanna Rosahl-Theunissen auch im Landesvorstand der ASF vertreten sind, hat unsere Arbeit auch immer wieder befördert und das „Netz weiter gespannt“. Dieses Jahr freuen wir uns besonders, die Frauen aus dem Ländle bei uns zur LDK begrüßen zu dürfen.

Gabriele Köhler
Kreisvorsitzende ASF Freiburg

KREISVERBAND GÖPPINGEN:

März 2012 „Frauen und Männer sind gleich – auch beim Lohn?“
Veranstaltung zum Equal Pay Day mit Ruth Weckenmann, Leiterin der Stabsstelle Chancengleichheit am Arbeitsmarkt bei der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit



Ruth Weckenmann

November 2012 „Zukunft ohne Armut“
mit Lothar Binding MdB, Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestags und Sprecher der Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion, und seinem Armutspuzzle

März 2013 „Viel Dienst, wenig Verdienst“
Veranstaltung zum Equal Pay Day mit Leni Breymaier, ver.di-Bezirksleiterin Baden-Württemberg, und Heike Baehrens, SPD-Bundestagskandidatin



Leni Breymaier

Juli 2013 Afternoon-Party mit SPD-Bundestagskandidatin Heike Baehrens

Oktober 2013 Mitgliederversammlung mit Neuwahlen



Gruppenbild mit Dame: Lothar Binding (ganz links) und Dr. Heide Kottmann mit Lokalprominenz vor dem Armutspuzzle

Pressemitteilungen:

ASF fordert verbindliche Quoten für Frauen in Führungspositionen

Kein Aufweichen beim Mindestlohn!

Betreuungsgeld ist vergiftetes Geschenk

Hoffnung für Langzeitarbeitslose

Altersarmut ist weiblich

Betreuungsgeld ist kontraproduktiv

Ist schon wieder Frauentag? GLEICHSTELLUNG MUSS GESETZ(T) SEIN

Zwei Eislingerrinnen bei der ASF-Bundeskonferenz in Berlin

Ausbau von Kita-Plätzen fördern statt Betreuungsgeld einführen

ASF appelliert an Kreistag: Keine Gründung einer Servicegesellschaft

ASF besorgt über steigende Altersarmut im Kreis

Vinzentiuspflege: SPD-Frauen mahnen zu sachlicher Diskussion

Zuschussrente ist hanebüchener Unsinn

Koalitionsbeschlüsse sind Flickschusterei

Alleinerziehende bedürfen besonderer Unterstützung

Internationaler Frauentag 2013: Gleichstellung – Fortschritt – Jetzt!

Familienphase darf nicht aufs Abstellgleis führen

Armutsfalle Minijobs

Vier Jahre Stillstand in Frauen- und Familienpolitik sind genug!

Zweitjobs – zur Konsumlust oder zur Existenzsicherung?

Höhere Steuern für Spitzenverdiener sind gerecht

Partnerschaftstarif statt Ehegattensplitting

Für ein sozial gestaffeltes Kindergeld

Dr. Heide Kottmann

Kreisvorsitzende ASF Göppingen

KREISVERBAND MANNHEIM:

Oktober 2011

SPD Landesparteitag Baden Württemberg

Die Mannheimer AsF Vorsitzende Dr. Claudia Schöning-Kalender (auch Mitglied des AsF Landes- und Bundesvorstands) wird auf Vorschlag der AsF in den SPD Landesvorstand gewählt .

November 2011

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen



Die AsF Mannheim beteiligt sich an der stadtweiten Fahnenaktion zum Internationalen Gedenktag gegen Gewalt an Frauen – mit tatkräftiger Unterstützung der Mannheimer Freiwilligen Feuerwehr und ihrer weiblichen Mitglieder!

November 2011

AsF Landesausschuss tagt in Mannheim



Die Frauenbeauftragte der Stadt Mannheim, Ilse Thomas (†), berichtet dem AsF Landesausschuss über die Arbeit des Gründerinnenzentrums gig7 in Mannheim

März2012

Internationaler Frauentag



Die AsF zeigt Präsenz bei der gemeinsamen Veranstaltung mit dem offenen Mannheimer Frauenbündnis auf dem Paradeplatz gemeinsam mit den Jusos

März 2012

Kreisparteitag

Anträge der AsF (und Jusos) „Frauen auf's Podium“ und „Parität in den Bezirksbeiräten“ angenommen

März 2012

Internationaler Frauentag

Lesung im Frauenbuchladen Xanthippe mit Brigitte Mark: Boccaccios Decamerone



Mai 2012

Im Rahmen der Kampagne „Gute Wirtschaft - Soziales Baden Württemberg“ des SPD Landesverbandes Baden Württemberg wählte sich die Ortsvereinsvorsitzende und Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) den Lebensmittelmarkt in Wallstadt für ihren Praxistag aus.



Juni 2012

Veranstaltung mit Hilde Mattheis zum Thema „Pflege und Migration“ gemeinsam mit den Jusos

Juli 2012

AsF Jahreshauptversammlung

Evelyne Gebhardt, MdEP, Vortrag mit Diskussion zum Thema „Vorstandsbonus statt Herdprämie - Her mit der Frauenquote für Aufsichtsräte und Vorstände“



Juli 2012

Kreisparteitag

Der Mannheimer SPD Kreisparteitag stellt fest, dass das Reißverschlussverfahren für die Kommunalwahl Beschlusslage ist

November 2012

UN-Gedenktag „NEIN zu Gewalt an Frauen“

Der UN-Gedenktag am 25. November erinnert uns daran, dass auch heute noch in nahezu allen Regionen dieser Welt Frauen Opfer systematischer Gewalt werden. „Es ist schwer zu ertragen,“ so Mannheimer Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Dr. Claudia Schöning-Kalender, „dass Frauen tagtäglich verstümmelt, verbrannt, der Ehre wegen ermordet, mit Säure verätzt und als Ehefrauen missbraucht und misshandelt werden, nur weil sie Frauen sind.“ Die AsF Mannheim beteiligt sich an der bundesweiten Fahnenaktion der Frauenrechtsorganisation „Terre des Femmes“

März 2013

Internationaler Frauentag



März 2013

Internationaler Frauentag

Die Mannheimer AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) lädt ein zum Filmfrühstück mit „Rosa Luxemburg“ von Margarethe von Trotta (1986), im „Alten Kino“ Wallstadt, Gundelsheimer Str. 21, am Sonntag, 10. März, ab 10.30 Uhr - Filmbeginn 11.15 Uhr



150 Jahre SPD. Gleichstellung -
Fortschritt - Jetzt!
8. März Internationaler
Frauentag 2013

März 2013

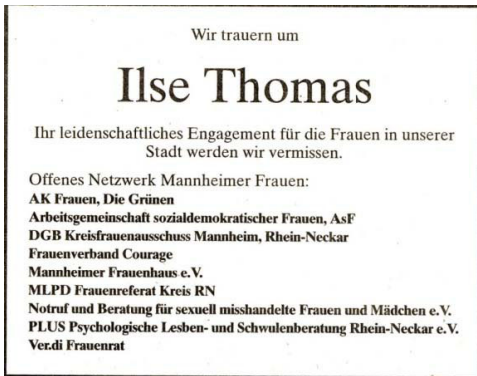
40 Jahre AsF



Drei Generationen der AsF Mannheim bei der
Jubiläumsfeier 40 Jahre AsF in Ludwigshafen

Mai 2013

Frauenbeauftragte der Stadt Mannheim verstorben



Mannheimer Morgen, 04.05.2013

Juni 2013

Kreisparteitag

Antrag der AsF zur Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung der EU Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf kommunaler Ebene

Juli 2013

Jahreshauptversammlung mit Wahlen



Mit Veranstaltungen und Presseerklärungen u.a. zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, zum Weltfrauentag, zum Equal Pay-Day oder einem gut besuchten Filmfrühstück führte die AsF immer wieder Aktionen durch, um Gleichstellungsthemen in den gesellschaftlichen Fokus zu rücken. Daneben brachte sich die AsF auch mit Anträgen zur Gleichstellungspolitik gezielt in die politische Arbeit vor Ort ein. Als ein besonderer Erfolg der AsF wertete die Vorsitzende die Realisierung des Reißverschlussverfahrens. Damit sei aber zugleich die Verpflichtung verbunden, möglichst viele Frauen für eine Kandidatur zu gewinnen.

Der neu gewählte Vorstand setzt sich als altbekannten und jungen Gesichtern zusammen. Vorsitzende bleibt Dr. Claudia Schöning-Kalender und als Stellvertreterin steht auch zukünftig Evi Korta-Petry bereit. Kassiererin bleibt auch weiterhin Heidrun Schneiders. Als Beisitzerinnen wurden Marion Baader, Nazan Kapan, Lena Kamrad und Melanie Seidenglanz für eine weitere Amtszeit bestätigt und Jessica Rauch sowie Marie-Luise Stallecker neu gewählt.

August 2013

AsF im Bundestagswahlkampf



August 2013

Vortrag Dr. Gisela Notz, Historikerin: „August und Julie Bebel- Spitze und Stütze der deutschen Arbeiterbewegung“, Dienstag, 13. August 2013, 19.30 Uhr. Gründerinnenzentrum gig7, G 7, 22

Die SPD feiert in diesem Jahr ihr 150 jähriges Jubiläum. Seit jeher kämpft sie für die Gleichberechtigung der Frau und hat auf diesem langen und oft mühsamen Weg große Erfolge errungen. Ganz wesentlich hat hierzu August Bebel mit seinem wegweisenden Buch „Die Frau und der Sozialismus“ beigetragen. An das Werk des „Arbeiterkaisers“ August Bebel, der als Parteiführer auch das Wahlrecht für Frauen schon seit 1891 forderte, erinnert die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Mannheim an dessen 100. Todestag am 13. August 2013. Der Vortrag rückt zugleich den bedeutenden Beitrag Julie Bebels zum politischen Erfolg ihres Mannes und der Sozialdemokratie insgesamt in den Blick – wie so oft übersehen in der klassischen Arbeitsteilung „er die Spitze – sie die Stütze“...



Dr. Claudia Schöning-Kalender
Kreisvorsitzende ASF Mannheim

KREISVERBAND ORTENAU:

ASF Ortenau wird 15 Jahre alt

Die ASF Ortenau feiert dieses Jahr ihr 15-jähriges Bestehen. Diesen Anlass werden wir im November gebührend feiern. Seit 15 Jahren bin ich Vorsitzende der ASF Ortenau.

Unsere Schwerpunkte sind: Gleicher und gerechter Lohn für gleiche Arbeit, Mindestlohn, Bekämpfung von Armut und Altersarmut, Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Gewalt an Frauen. Hier arbeiten wir mit allen Gruppierungen in Offenburg zusammen.

Wir bereiten gemeinsam den Internationalen Frauentag, den Fahnentag sowie den Armuts- tag vor.

Das größte Ereignis in diesem Jahr war, dass alle Gruppierungen sich gemeinsam gegen die Wahlkundgebung der NPD erfolgreich erhoben und sie nach kurzer Zeit zum Abzug bewo- gen haben.

So wollen wir unsere Arbeit weiterführen, die Vorbereitung für die kommenden Veranstal- tungen haben bereits begonnen.

Renate Merten
Kreisvorsitzende ASF Ortenau

KREISVERBAND STUTTGART:

Sitzungen:

- 8 Mitgliederversammlungen und eine JHV pro Jahr
Themen u.a.:
 - o „Zwangsprostitution und Frauenhandel“ mit Hiltrud Brookmann
 - o „Frauenpolitik im Integrationsministerium“ mit Bilkay Öney
 - o „Frauen und Wohnungslosigkeit“ mit Katharina Rudel
 - o „Frauen leben länger – aber wovon?“ mit Leni Breymaier
 - o „Pille danach“ mit Dr. Marion Janke (ProFamilia)
- Fünf Vorstandssitzungen, davon zwei Vorstands-Klausurtag
 - o Thema „Frauenförderung in der Partei“
 - o Eine gemeinsame Vorstandssitzung mit dem SPD-Kreisvorsitzenden Dejan Perc

Aktivitäten:

- Mitarbeit im Frauennetzwerk Stuttgart:
Beteiligung am Internationalen Frauentag, Beteiligung am EqualPayDay,
- Lesung am 12.9.2012 im Vaihinger Buchladen mit der Autorin Andrea von Treuenfeld
- Teilnahme an den Sitzungen des Landesvorstands der AsF BaWü
- Entsendung von 3 Delegierten zur SPD-Kreisdelegiertenkonferenz
- Telefon-Aktion für Bettina Wilhelm (Ca. 300 Genossinnen wurden angerufen)
- Organisation einer Unterstützerinnen-Kampagne für Bettina Wilhelm
- Gemeinsame Veranstaltung mit dem Frauennetzwerk im OB-Wahlkampf:
„Unter Frauen – im Gespräch mit Bettina Wilhelm“
- Erfolgreicher Antrag: Aufnahme der quotierten Redeliste in die Satzung der SPD Stuttgart
- Treffen mit dem Fritz-Erler-Forum BaWü und Teilnahme an Multiplikatorinnen-Seminar zum
Thema „Frauenförderung hinsichtlich Kommunalwahl“
- Druck und Verteilung von 5.000 Grußkarten zum Internationalen Frauentag 2013
- Frauenpolitischer Stadtrundgang „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ anlässlich des Partei-Jubiläums
- Frauen-Frühstück mit Gesine Schwan am 24.8.2013
- Input-Referat „Zwangsprostitution und Menschenhandel“ bei den Jusos Stuttgart

Angelika Brautmeier, Rebekka Henschel, Susanne Kränzle,
Jennifer Kurrle, Judith Vowinkel
ASF-Kreisvorstand Stuttgart

KREISVERBAND ULM:

Wir vernetzen uns im Frauenforum Ulm, welches einmal im Quartal tagt, mit Einzelfrauen und Frauenorganisationen.

Neben regelmäßigen Vorstandssitzungen – etwa im Abstand von 6 Wochen – führt die ASF in Ulm jedes Jahr am Sonntag nach dem Internationalen Frauentag einen Frauenempfang gemeinsam mit Hilde Mattheis MdB durch. Wir haben immer einen besonderen Gast, eine Frau, die eins von vielen Beispielen für engagierte und erfolgreiche Frauen aus der Region ist, aber eben nicht oder nicht unter einem bestimmten Gesichtspunkt in der Öffentlichkeit steht. In einer kleinen Einführungsrunde stellen wir die Frau und ihre Tätigkeit vor, danach bietet sich immer noch bei selbst gebackenem Kuchen, Kaffee und/oder Sekt die Gelegenheit zum Gespräch und Austausch mit unserem Gast oder der Frauen auch untereinander. Im Jahr 2012 war Yasemin Arpaci, alleinerziehende Mutter und damals zuständig für Personal in einem Industriebetrieb in der Region zu Gast.



Frauenempfang 2012

2013 hatten wir Generalvikarin Sr. Anna-Luisa Kotz, Barmherzige Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul aus Untermarchtal als Gesprächspartnerin gewinnen können.

Ebenfalls im Rahmen des Internationalen Frauentags ist die ASF aktiv in die Vorbereitungsgruppe zur jährlichen Hauptveranstaltung in Ulm eingebunden. 2012 haben wir einen „Rückblick auf ein Jahr grün-rote Koalition in Baden-Württemberg – was hat sich aus frauenpolitischer Sicht getan?“ gemacht. Zu Gast waren Anette Sorg, AsF-Landesvorsitzende und Sabine Schlager, Geschäftsführerin der GAR der Grünen. Darüber hinaus hat die ASF im Rahmenprogramm eine Veranstaltung „Schulsozialarbeit für Mädchen – Notwendig oder ein alter feministischer Hut?“ durchgeführt. 2013 stand der Internationale Frauentag unter dem Motto „Mein Deutschland – junge Frauen aus anderen Ländern erzählen“. 5 Frauen aus 4 Nationen berichteten sehr lebhaft und mit Augenzwinkern über ihre ersten Eindrücke und Erlebnisse in ihrer ersten Zeit in Deutschland. Darüber hinaus hat die ASF im Rahmenprogramm eine Veranstaltung „Europa zwischen Nobelpreis und Armenhaus – Auswirkungen der Finanzkrise auf Frauen in Europa. Gespräch mit Evelyne Gebhardt MdEP“ angeboten.



Evelyne Gebhardt (links) und Andrea Schiele

Des Weiteren hat die ASF Ulm folgende Veranstaltungen im Berichtszeitraum durchgeführt:

2012:

- im Zusammenhang mit der Schlecker-Insolvenz gemeinsam mit Gewerkschaftsfrauen „Wie fangen Auffanggesellschaften auf?“

2013:

- Frauen in Kommunalparlamenten, wie bekommen wir mehr Frauen in die Parlamente

- Straßenaktion zur Einführung des Betreuungsgelds am 31. Juli mit den DGB-Frauen

- Armutskonferenz, eine Veranstaltung im Bundestagswahlkampf

- Infostand an der Dialogbox: Stolpersteine für Frauen – 5 Gründe SPD zu wählen

- Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes – Chancen für die Kommunen



Info-Stand mit Hilde Mattheis MdB (2.v.l.)



„Stolpersteine“ in Ehingen

KREISVERBAND WALDSHUT:

Film-Festival

13. Oktober 2012

Shedhalle
des Vereins GrieshaberVier Leben-Arbeit-Kunst e. V.
Grieshaberstrasse 4, Waldshut
mit Kinderbetreuung und Bewirtung

Filme über starke Frauen

14:00 Uhr
17:00 Uhr
19:30 Uhr

Almanya
Die Bienenhüterin
Young Victoria



KREISMEDIENZENTRUM
LANDKREIS WALDSHUT

grieshaberVier
Leben-Arbeit-Kunst e. V.



Kabarett zum Internationalen Frauentag in Waldshut

„Come in - burn out“ - ein Abend mit der Leistungskrankenschwester

Ein humoristisches Wellnessprogramm für Augen und Ohren!
Mit Humor und Musik bekämpft Christiane Maschajechi Übellaunigkeit und
Krisenphobie und erneuert ihren Frustschutz im Alltag! Ein kabarettistisch-
musikalischer Einlauf zur Hirnreinigung mit kleiner Anleitung für das Workout zum
Aufbau des individuellen Nervenkostüms...
Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ihre Leistungskrankenschwester!

Kabarett: Christiane Maschajechi
Musiker: Johannes Weigle am Piano

Wann: Donnerstag, 7. März 2013 um 20.00 Uhr
Wo: Stadtscheuer Waldtorstr. 3 in Waldshut
Eintritt: 10,- €

Veranstalterin: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, AsF

Außerdem: Tanzworkshop für Frauen „Bewegt euch!“, Oktober 2013

Claudia Hecht
Kreisvorsitzende ASF Waldshut

ANTRÄGE

<p>Antrag Nr. 1:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesvorstand</p> <p>Betr.: Änderung des § 177 StGB</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die SPD setzt sich für eine Reform des § 177 StGB ein. Ziel ist es, die Opfersicht bzw. den Opferschutz bei einer Vergewaltigung zu stärken.</p> <p>Begründung:</p> <p>Eine Gewalteinwirkung im Sinne des § 177 StGB wird nicht gesehen, wenn das Opfer sich dem ungewollten Sex zu zaghaft widersetzt hatte. Es kann dann zur Beschreibung als "Eilvernehmlicher Sex" kommen. Die Beschreibung erweckt dann den Eindruck, dass der Sex von beiden Seiten gewollt war. Dieser Eindruck trägt, denn rechtlich bedeutet "eilvernehmlich" in diesem Zusammenhang eben nur, dass das Opfer sich dem ungewollten Sex zu zaghaft widersetzt hatte.</p> <p>Andererseits wird in vielen Strategien zum Verhalten im Falle eines Überfalls – auch von der Polizei - den potentiellen Opfern geraten, sich möglichst wenig zu widersetzen, um ihr Leben nicht zu gefährden und/oder schwerwiegende Verletzungen zu vermeiden.</p> <p>Eine Reform, die die Sicht des Opfers besser stärkt und eine Strategie zum Schutz des eigenen Lebens nicht ignoriert, ist hier dringend geboten.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p> <p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>

<p>Antrag Nr. 2:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesvorstand</p> <p>Betr.: Finanzierung von Einrichtungen zur Daseinsvorsorge (Kliniken usw.) in Kirchlicher Trägerschaft</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die Bundestagsfraktion startet eine Gesetzesinitiative, dass in den Fällen, in denen der staatliche Auftrag der Daseinsvorsorge nach allgemeingültigen Grundrechten und Gesetzen nicht uneingeschränkt umgesetzt wird, die Finanzierung aus staatlichen Mitteln für kirchliche Träger entzogen wird.</p> <p>Darüber hinaus veranlasst die Bundestagsfraktion eine Überprüfung, ob der im Grundgesetz verankerte und über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz näher ausgeführte Schutz für jede Art sexueller Orientierung, durch das Handeln der kirchlichen Institutionen wie z.B. Caritas und Diakonie im Umgang mit Beschäftigten, die sich zu ihrer Homosexualität bekennen, verletzt wird. Unabhängig vom Ergebnis dieser Überprüfung ist die staatliche Finanzierung auch hier auf jeden Fall zu entziehen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Soziale Einrichtungen und Krankenhäuser werden – wenn überhaupt – nur zu einem geringen Teil aus Kirchensteuern finanziert. Der weitaus größere Teil der Finanzierung – in vielen Bereichen bis zu 100 % - erfolgt über allgemeine staatliche Finanzierungen.</p> <p>Wenn ein Krankenhaus auf sein Privileg der konfessionellen Ausrichtung pocht und mit dieser Begründung um Hilfe suchende Menschen abweist, kann es nicht sein, dass diese Klinik weiterhin aus Steuermitteln vom Staat finanziert wird.</p> <p>Die Ereignisse in zwei katholischen Krankenhäusern in Köln, die einem Vergewaltigungsoffer aus religiösen Motiven heraus die gewünschte legale medizinische Notfallversorgung verweigerten, haben gezeigt: Die Sonderrechte der Kirche haben hier das Patientenrecht auf medizinische Versorgung und somit Grundrechte eingeschränkt.</p> <p>Daher ist in solch einem Fall die staatliche Finanzierung zu entziehen.</p> <p>Darüber hinaus muss überprüft werden, ob der im Grundgesetz verankerte und über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz näher ausgeführte Schutz für jede Art sexueller Orientierung, durch das Handeln der kirchlichen Institutionen wie z.B. Caritas und Diakonie im Umgang mit Beschäftigten, die sich zu ihrer Homosexualität bekennen, verletzt wird.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p>

Aber selbst wenn die juristische Überprüfung ergibt, dass beide Rechte (Menschrecht auf freie sexuelle Orientierung und Sonderrecht der Kirchen) gleichrangig nebeneinander stehen sollten, ist es nicht zu tolerieren, dass die Einschränkung von Menschenrechten auch noch staatlich subventioniert wird.

Wir wollen keine Frauen mehr, die in katholischen Krankenhäusern abgewiesen werden, keine Angestellten mehr, die aufgrund von Homosexualität aus kirchlichen Einrichtungen entlassen werden.

Entscheidung der Konferenz

- Annahme
- Material an
- Erledigt durch
- Ablehnung

<p>Antrag Nr. 3:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Landesverband</p> <p>Betr.: Frauen aufs Podium</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die ASF Baden Württemberg fordert den SPD-Landesverband mit allen Gliederungen und MandatsträgerInnen nachdrücklich dazu auf,</p> <ul style="list-style-type: none"> • Frauen bei zukünftigen Kamingesprächen, Podien, Symposien, Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen als Referentinnen und Expertinnen entsprechend der parteigültigen Quotierung zu berücksichtigen. • Bei der Nicht-Berücksichtigung von weiblicher Expertise ist dem Landesvorstand ausführlich darzulegen, weshalb keine oder nur wenige Referentinnen bei der Veranstaltung berücksichtigt werden konnten und zu dokumentieren, welche Versuche zur Gewinnung unternommen wurden. <p>Begründung:</p> <p>Die SPD muss weiblicher werden! Auch in ihrer Außenwahrnehmung! Wenn wir das Wählerpotential von Frauen wieder für uns erschließen wollen, müssen wir gerade im Hinblick auf die Sichtbarkeit von Frauen stärkere Anstrengungen unternehmen. Hierzu müssen wir sowohl unser eigenes Potential von Politikerinnen gezielter nutzen und ferner weiblichem Führungspersonal aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eine adäquate Plattform bieten.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p> <p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>

<p>Antrag Nr. 4:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand</p> <p>Betr.: Änderung Landtagswahlrecht</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die SPD Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass das Landtagswahlrecht dahin gehend geändert wird, dass noch in dieser Legislatur ein Listenwahlrecht mit zwei Stimmen eingeführt wird.</p> <p>Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den Koalitionsvertrag hinsichtlich der Überprüfung des Landtagswahlrechtes in diesem Sinne umzusetzen Ein entsprechender Gesetzentwurf soll rechtzeitig vor den nächsten Landtagswahlen verabschiedet werden.</p> <p>Begründung:</p> <p>Andere Bundesländer machen es uns vor. Mit einer Listenwahl und dem bereits verabschiedeten Reißverschlussverfahren besteht die Möglichkeit, den Frauenanteil im Länderparlament Baden-Württemberg signifikant zu erhöhen. Es ist beschämend, dass Baden-Württemberg mit einem Frauenanteil von 14 % Mandatsträgerinnen im Landtag bundesweit das Schlusslicht bildet. Partizipation von Frauen in politischen Gremien zu fördern kann über verschiedene "Stellschrauben" erfolgen. Eine davon ist die Listenwahl.</p> <p>Die Auswirkungen auf die Hoheit der Wahlkreise und die Unmittelbarkeit der Stimmabgabe dürfte kein höherer sein, als der, der bisher schon durch die Mandatsverteilung auf Regierungsebene erfolgt. (Siehe folgende Ausführungen). Außerdem (vgl. www.bpb.de) wird die Fraktionsplanung erleichtert, weil die Zusammensetzung der künftigen Fraktion vorhersehbarer ist.</p> <p>http://www.uni-stuttgart.de/soz/avps/mitarbeiter/Landespolitik Beitrag Gabriel Bauknecht 2011.pdf</p> <p>Das Landtagswahlsystem Baden-Württembergs gilt als Sonderfall, der „deutlich vom bundespolitischen Muster abweicht“. Mehr noch: „Gerade das Wahlsystem Baden-Württembergs stellt eine auch international einzigartige Ausnahme dar“, weil jeder Wähler nur eine Stimme hat. Mit dieser entscheidet er gleichzeitig über den Gewinner des Wahlkreises, die Zusammensetzung des Landtags und die Verteilung der Zweitmandate.</p> <p>Auf Basis der Wahlkreisergebnisse werden zunächst die 70 Direktmandate vergeben. Danach erfolgt die Verteilung von</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p>

50 Zweitmandaten an die Parteien, die mehr als fünf Prozent der Stimmen erhalten haben. Parteien, die bereits durch ihre Direktmandate die ihrem Stimmenanteil entsprechende Zahl von Landtagsmandaten erreichen oder überschreiten, bleiben bei der Vergabe der Zweitmandate unberücksichtigt. Ist eine Partei aufgrund ihrer Direktmandate nach der Zuteilung der 50 Zweitmandate immer noch stärker im Landtag repräsentiert als es ihrem Stimmenanteil entspricht, erhalten die anderen Parteien so viele Ausgleichsmandate, bis sich das landesweite Wahlergebnis in der Zusammensetzung des Landtags widerspiegelt.

Die Zweitmandate einer Partei werden in den folgenden Schritten vergeben: Zunächst werden sie proportional auf die vier Regierungsbezirke im Land aufgeteilt, wobei auch im Regierungsbezirk die Zahl der gewonnenen Direktmandate berücksichtigt wird. Anschließend erhalten die Parteien die ihnen im Regierungsbezirk zustehenden Zweitmandate. Hat eine Partei in einem Regierungsbezirk mehr Direktmandate erhalten als ihr nach ihrem Stimmenanteil zustehen, werden diese Überhangmandate in demselben Regierungsbezirk durch zusätzliche Sitze für andere Parteien ausgeglichen (Ausgleichsmandate), damit die Mandatsverteilung im Landtag nicht vom Wahlergebnis abweicht und dieses verzerrt. Durch den Gewinn von Überhang- und die Vergabe von Ausgleichsmandaten kann die Zahl der Landtagsmandate die vorgesehene Zahl von 120 Sitzen übersteigen. In aller Regel tut sie dies auch.

Bis 2006 wurden die Zweitmandate in der Reihenfolge der erhaltenen absoluten Stimmzahl an die unterlegenen Wahlkreiskandidaten vergeben. Ab der Wahl 2011 wird der Prozentanteil der für die Wahlkreiskandidaten abgegebenen Stimmen für die Zuweisung der Mandate maßgeblich sein. Ausschlaggebend für diese Veränderung war eine nach der Landtagswahl 2006 intensiv geführte Debatte über die Chancengerechtigkeit des bisherigen Wahlrechts, da dieses unterlegene Bewerber aus bevölkerungsreichen Wahlkreisen bevorzugte.

Die neuen Bestimmungen wirken sich nicht auf die Sitzverteilung zwischen den Parteien, wohl aber auf die innerparteiliche Mandatsverteilung aus. Zahl der Wähler in den Wahlkreisen zu verringern. Künftig darf die Zahl der Wähler in einem Wahlkreis nicht mehr als zehn bis 15 Prozent von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße abweichen.

Die künftige Regelung schafft mehr Gleichheit zwischen Kandidaten innerhalb desselben Regierungsbezirks, es bleiben jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken bestehen. Anhand der Ergebnisse von 2006 hätten für einen SPD-Kandidaten im Regierungsbezirk Tübingen 22 Prozent der abgegebenen Stimmen im Wahlkreis für den Einzug in den Landtag genügt, während SPD-Kandidaten im Regierungsbezirk Karlsruhe über 27 Prozent benötigt hätten. Zwar werden zur Wahl 2011 auch die Wahlkreise neu zugeschnitten, jedoch nicht die Regierungsbezirke, so dass diese Ungleichgewichte bestehen bleiben werden. Jedoch: Die Kritik, das baden-württembergische Wahlsystem sei „eines der intransparentesten der Republik“, fußt auf der Vergabe der Zweitmandate in den Regierungsbezirken statt auf der Landesebene

und auf der sehr unterschiedlichen Zahl der Wähler in den Wahlkreisen. Aus diesen Gründen ist es dem Wähler „unmöglich, die Folge seiner Stimme für die Vergabe der Zweitmandate einzuschätzen“.

www.bpb.de:

Die Listenwahl erleichtert die Fraktionsplanung. Werden Fachleute auf sogenannte sichere Listenplätze gesetzt, kommen sie auf jeden Fall ins Parlament. Allerdings besteht ein Zielkonflikt, der sich kaum aufheben lässt: Fügt man ins Wahlsystem Elemente ein, die den Wählenden die Möglichkeit bieten, bestimmten Persönlichkeiten ihre Stimme zu geben, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Fachleute entgegen dem Wunsch der Parteigremien auf der Strecke bleiben.

Frauen haben bei der Kandidatur über eine Liste zumeist höhere Chancen. Wenn eine Liste den Anschein erweckt, zwischen den Geschlechtern ausgeglichen zu sein, wird das von Wählerinnen und Wählern durchaus honoriert.

Die Fraktionsplanung wird im Hinblick auf Expertensachverständigen zunehmend eingengt, da vorwiegend Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes in die Parlamente eingezogen sind.

Entscheidung der Konferenz

- Annahme
- Material an
- Erledigt durch
- Ablehnung

<p>Antrag Nr. 5:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung</p> <p>Betr.: Wohnortwahl nach Aufenthalt im Frauenhaus</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die SPD Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich auf Landes- wie auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auch als Transferleistungsempfängerinnen ihren Wohnort frei wählen können und die hierfür üblichen Leistungen erhalten. Die SPD Fraktion unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen um eine zweijährige Kostenerstattungspflicht der Herkunftsgemeinde für alle Leistungen, die im Zuständigkeitsbereich des aufnehmenden Grundsicherungsträgers anfallen (analog der früheren BSHG Regelung).</p> <p>Begründung</p> <p>Mit der Einführung des SGB II hat sich die Situation von Frauen, die für sich und ihre Kinder Schutz in einem Frauenhaus außerhalb ihrer Herkunftsgemeinde suchen, grundlegend geändert. Der nachträglich ergänzte § 36a SGB II regelt, dass die Kosten für den Aufenthalt und die Betreuung im Frauenhaus von der Herkunftsgemeinde zu übernehmen sind. Sobald die Frau jedoch das Frauenhaus verlässt und eine Wohnung in der Standortgemeinde des Frauenhauses bezieht, muss diese Gemeinde automatisch alle Kosten übernehmen, die auf kommunaler Ebene entstehen (z.B. Umzugshilfe, Wohngeld, Erziehungshilfe etc.) Viele Kommunen in Baden Württemberg bemühen sich mit den verschiedensten Methoden, den Zuzug von Frauen im Transferleistungsbezug nach dem Frauenhausaufenthalt zu verhindern. Häufig vorbehaltene Einzelfallentscheidung bedeutet erheblichen Mehraufwand in der Verwaltung und zwingt die Betroffenen, sich diese mit großem Aufwand und unter Preisgabe und detaillierter Beschreibung ihrer persönlichen Notlage zu erkämpfen und sie führt nicht zuletzt zu absoluter Intransparenz bezüglich der Entscheidungsgrundlagen.</p> <p>Diese Praxis einzelner Kommunen in Baden Württemberg ist unsozial und zumindest fragwürdig, im Einzelfall u.U. auch rechtswidrig. Im Falle von Frauen, die aus dem Frauenhaus ausziehen, stellt sie einen Akt struktureller Gewalt dar, diese Frauen bringen in ihrer Lebenssituation nicht die Kraft auf, für ihre Rechte zu kämpfen.</p> <p>Eine Regelung entsprechend dem früheren BSHG würde sowohl das Grundrecht auf freie Wohnortwahl sichern, als auch die Standortkommunen von Frauenhäusern von Transferleistungen entlasten.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p> <p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>

<p>Antrag Nr. 6:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Vertreterinnen in Kommunalparlamenten, (Ober-)Bürgermeister/innen</p> <p>Betr.: Kommunale Frauenbeauftragte ab 6.000 Einwohner/innen hauptamtlich einsetzen</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die SPD Baden-Württemberg fordert ab 6.000 EinwohnerInnen die hauptamtliche Einsetzung von kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und fordert alle Beteiligten auf kommunaler- und landespolitischer Ebene auf, sich bei den Verhandlungen zur Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes nachdrücklich für folgende Ausgestaltung des neuen Gesetzes einzusetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • kommunale Gleichstellungsbeauftragte sind in Kommunen ab 6000 EinwohnerInnen hauptamtlich einzusetzen. <p><u>Begründung:</u></p> <p>Im 1. Gleichstellungsbericht Ba-Wü ist erneut offensichtlich geworden, dass Ba-Wü von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter in vielen Regionen – insbesondere in kleineren und ländlichen Strukturen – noch weit entfernt ist. Es wird deutlich, wo Förderung zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit ansetzen muss, wenn dieses Defizit ernsthaft und konsequent beseitigt werden soll. Daher ist es von großer politischer Bedeutung, ab welcher Größe einer Kommune eine kommunale Gleichstellungsbeauftragte verpflichtend und mit ausreichend Arbeitszeit ausgestattet eingesetzt werden muss. Anders formuliert: Je kleiner die Struktur, umso mehr Einsatz ist notwendig um hier voran zu kommen. Expert/innen und das Sozialministerium sehen als Untergrenze <u>6.000 Einwohner/innen</u>. Dieser Einschätzung sollte sich die SPD Baden-Württemberg ausdrücklich anschließen.</p> <p>Eine <u>hauptamtliche Stellenbesetzung</u> bildet verbindliche Rahmenbedingungen für die Aufgabenerfüllung der kommunalen Frauenbeauftragten. Die Erstellung von Frauenförderplänen, Entsendung in Kommissionen zur Erarbeitung des Entgeltgleichheitsgesetzes oder die landesweite Vernetzung zur Erstellung von Förderplänen erfordern eine strukturelle und rechtlich verbindliche Einbindung in den Verwaltungsapparat.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p> <p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>

<p>Antrag Nr. 7:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Landesvorstand</p> <p>Betr.: Quotierung von Listenfindungskommissionen</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Der Landesparteitag möge beschließen, dass gewählte Listenfindungskommissionen mit einer Frauen-/Männerquote von 40% besetzt werden.</p> <p>Weiterhin möge der Parteitag beschließen, dass der SPD-Landesvorstand im Sinne von "Best-Practice" Beispiele von Listenfindungskommissionen aus Bundestag-, Europa- oder Kommunalwahlen in Baden-Württemberg benennt, die in den letzten drei Jahren die Quote erfüllten und diese dann im Newsletter veröffentlicht.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Frauenquote wird zur Zeit in vielen Gremien der Partei nicht erfüllt. Mit Best Practice-Beispielen wollen wir andere zur Nachahmung anregen.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p> <p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>

<p>Antrag Nr. 8:</p> <p>Antragsteller: ASF-Landesvorstand</p> <p>Empfänger/in: SPD-Bundestagsfraktion,</p> <p>Betr.: Prüfauftrag Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II)</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>1) Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, das Zweite Buch der Sozialgesetze (SGB II), grundlegend zu überprüfen und Nachbesserungen vorzunehmen.</p> <p>2) Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine gesonderte Schwerpunktuntersuchung für die Gruppe der U25-Jährige im SGB II, unter Berücksichtigung folgender Punkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Richtigkeit der Statistischen Angaben über den tatsächlichen Anteil der Gruppe U25-Jähriger im SGB II. b) Schnittstellen im Übergang der U25 –Jährigen aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) ins SGB II. c) Verstärker Zwang der beruflichen Befähigung oder Eingliederung der Gruppe der U25, allerdings ohne die 2. und 3. Chance aus den Möglichkeiten des SGB III. d) Verschärften Sanktionsregelungen nach § 31 Abs. 5 SGB II für die Gruppe der U25-Jähriger. e) Erschwerte Genehmigung der Übernahme von „Bedarfe für Kosten der Unterkunft“ für die Gruppe der U25-Jährigen (§ 22 Abs.5 SGB II) f) Reale Benachteiligung junger allein erziehender U25 Frauen, die im Haushalt der Eltern wohnen bleiben müssen und die volle Regelsatzleistung nach § 20 Abs. 2 SGB II verwehrt wird. g) Anstieg der Obdachlosigkeit der Gruppe U25-Jähriger nach dem Übergang generell und nach dem Übergang vom SGB VIII ins SGB II im Vergleich von Frauen und Männern. <p>3) Darüber hinaus muss diese Untersuchung die jeweiligen Ergebnisse für Männer, Frauen, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationshintergrund und den Altersgruppen getrennt ausweisen, damit auch gezielte, passgenaue Verbesserungen für diese Gruppen erfolgen können.</p>	<p>(Empfehlung erfolgt mündlich)</p>

Begründung:

Die Altersgruppe der 18-25 Jährigen findet sich in zwei verschiedenen Gesetzen wieder. Im SGB VIII und dem SGB II. In diesen Gesetzen stehen ein anderes Leitmotiv sowie unterschiedliche Zuständigkeiten von Leistungsträgern voran. Im SGB VIII liegen „eine dem Wohl entsprechende Erziehung (§27 SGB VIII), Mitwirkungsverfahren nach § 36 SGB VIII, Ausgleich sozialer Benachteiligungen (§13 SGB VIII), Förderung der Entwicklung und die Verselbständigung als Erziehungsziel“, zu Grunde. Im SGB II hingegen treffen die jungen Menschen auf „Erwerbsfähig ist, wer mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig sein kann (§ 8 SGB II),

Eingliederungsvereinbarung (§15 SGB II), Fördern und Fordern (§ 2 SGB II), Sanktionen (§ 31 SGB II), Besondere Vorgehensweise bei jungen Menschen (§ 3 SGB II), „Hotel Mama“ bis 25 Jahre als gesetzliche Vorschrift.

Werden im SGB VIII noch die individuelle Unterstützung und Begleitung in den Vordergrund gerückt, besteht eine Überforderungs- und Sanktionsbelastung im SGB II.

So werden zum Beispiel die Kosten für die Unterkunft bei einem zweimaligen unentschuldigtem Fehlen (innerhalb des Zeitraums von einem Jahr) in einer angebotenen Maßnahme im SGB II, zur Gänze gestrichen. Voran geht eine stufenweise Kürzung des Regelsatzes. Junge Menschen, die bis zu dem Hartz IV-Bezug nicht gelernt haben, eigenverantwortlich ihren Tag zu gestalten, werden ohne unterstützende Begleitmaßnahmen staatlich in die Obdachlosigkeit gedrängt.

Die derzeitige Praxis bei der Genehmigung von Um- und Auszügen aus dem Elternhaus, stellt die jungen Menschen vor die schwere Situation, dass es je nach Bundesland, unterschiedliche Praxen der Genehmigungsverfahren gibt. Eine eigene Privatsphäre und Überwindung der sozialen Benachteiligung ist bei uns vom Wohnort abhängig und erfordert dringend eine einheitliche Lösung.

Die Sanktionskataloge für die jungen Menschen gehen mit den Sofortangeboten nach § 15a SGB II, einher. Leider ist die U25 Gruppe überproportional betroffen, da meist keine Ansprüche aus dem SGB III vorgelagert sind. Dies stellt eine massive Überforderung an die jungen Menschen dar. Erschwerend hinzu kommen die unterschiedlichen Akteure in diesem Themenbereich. Die Zuständigkeit der Berufsberater/innen der Arbeitsagenturen endet mit der Vermittlung eines Ausbildungsplatzes, ohne eine weitere Betreuung, wenn zum Beispiel der Ausbildungsvertrag während der Probezeit gekündigt wird. Anschließend beginnen die Berater/innen der Jobcenter (SGB II) den Berufsberatungsprozess von vorne. Abstimmungen bei Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen finden leider nicht, oder nur sehr mangelhaft statt. Maßnahmen müssen besucht werden, ohne dass die Sinnhaftigkeit für diesen jungen Menschen gegeben ist. Hauptsache raus aus der Arbeitslosenstatistik.

Eine Auswertung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach den jeweiligen Personengruppen ist notwendig, um eine transparentere Nachbesserung zu begründen.

Entscheidung der Konferenz

- Annahme
- Material an
- Erledigt durch
- Ablehnung

<p>Antrag Nr. 9:</p> <p>Antragsteller: ASF Ostalb</p> <p>Empfänger/in: SPD-Kreistagsfraktionen, SPD-Gemeinderatsfraktionen</p> <p>Betr.: Betreuungskosten für Gemeinderät/innen, Stadträt/innen und Kreisrät/innen während der Sitzungszeit</p>	<p>Empfehlung der Antragskommission</p>
<p>Die SPD-Kreistagsfraktionen und die kommunalen SPD-Fraktionen in Baden-Württemberg werden aufgefordert, in die entsprechenden Gremien folgenden Antrag einzubringen: Der Landkreis bzw. die Kommune übernimmt die während der Sitzungszeiten evtl. anfallenden Betreuungskosten für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige der Rätinnen und Räte.</p> <p>Begründung:</p> <p>Vor allem Frauen sind für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen zuständig. Dies betrifft alle Altersgruppen und Alleinerziehende.</p> <p>Wenn die Beteiligung von Frauen in den Gremien verbessert werden soll, müssen die Rahmenbedingungen für Interessentinnen angepasst werden. Für einzelne Betroffene können die Kosten abschreckend sein, es ist aber nicht zu befürchten, dass sie einen der öffentlichen Haushalte sprengen werden.</p>	<p>Annahme in geänderter Fassung</p> <p>Der Landkreis bzw. die Kommune übernimmt <u>auf Nachweis</u> ...</p> <p>Entscheidung der Konferenz</p> <p><input type="checkbox"/> Annahme</p> <p><input type="checkbox"/> Material an</p> <p><input type="checkbox"/> Erledigt durch</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p>